

Sehr geehrter Herr Bundesminister Mag. Schallenberg!

Sehr geehrte Bundesregierung! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kurz! Sehr geehrter Herr Vizekanzler Mag. Kogler!

Gestern Abend verfolgten wir das ZIB 2 Interview mit Ihnen, Herr Minister Schallenberg, angesichts des verheerenden Brandes im Flüchtlingscamp Moria mit. Erschüttert mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Bundesregierung strikt dagegen ist, auch nur einige dieser rund 13.000 obdachlosen Menschen, manche davon mit einer Corona-Erkrankung, in Österreich aufzunehmen.

Den Argumenten von Minister Schallenberg möchten wir als langjährige Migrationsforscher*innen jedoch vehement widersprechen:

1. Pull- und Pushfaktoren sind vielfältig und komplex. Lebensrettende Aktionen und die menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in europäischen Ländern sind *keine* vorrangigen Pull-Faktoren, welche allein ausreichen, um demnächst wieder die gleiche Anzahl an Geflüchteten anzuziehen. Vielleicht sind Ihnen, Herr Minister, die Berichte von den Tausenden Toten im Mittelmeer entgangen (vgl. z.B.: <https://www.iom.int/news/iom-mediterranean-arrivals-reach-110699-2019-deaths-reach-1283-world-deaths-fall>), die Berichte von all jenen Geflüchteten, die sich trotz der schon monate- und jahrelangen menschenunwürdigen Unterbringung von Geflüchteten an den Grenzen Europas eben *nicht* abschrecken ließen und dennoch aufgrund verschiedenster Faktoren die gefährliche Flucht auf sich nahmen?

2. Sie, Herr Minister Schallenberg, führten auch an, dass sich keinesfalls die verheerende Situation von 2015 und 2016 wiederholen dürfe. Natürlich braucht die Aufnahme von Geflüchteten Zeit und Kapazitäten. Aber mehrere Studien zeigen deutlich, dass die Helfenden in Österreich zu dieser Zeit vor allem rigide gesetzliche Regelungen erschütternd und hinderlich fanden, viel stärker als sie die Arbeit mit den Geflüchteten selbst belastend empfanden (s. u.a. die angehängte Zusammenfassung einer diesbezüglichen Studie). Die Aufnahme der Geflüchteten brachte vielen Helfenden vor allem positive Erfahrungen und neue Freundschaften. Bitte vergessen Sie all diese positiven Aspekte nicht.

Außerdem wiesen Sie darauf hin, dass Österreich ja vor Ort helfen würde. Selbst wenn die Bundesregierung hier nachhaltige Veränderungen vorantreibt (welche dann nicht nur finanzieller Art sein müssten, sondern auch politische Einflussnahme auf die Regierenden umfassen müsste): Was hilft das den Menschen, die JETZT obdachlos sind und in unzumutbaren Umständen sich am Leben erhalten müssen? Wie können Sie, sehr geehrter Herr Minister Schallenberg, hier wegsehen? Mit dem einzigen Argument, es würden ansonsten noch mehr Menschen kommen und das würde Österreich dann nicht gut verkraften? - siehe dazu die oben angeführten Gegenargumente.

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Minister Schallenberg, sehr geehrte Vertreter der Bundesregierung, dringlich bitten, Ihre diesbezüglichen Einstellungen zu überdenken und dementsprechend verantwortungsvoll gegenüber Menschenleben (ungeachtet der Nationalität und der Herkunft dieser Menschen) zu handeln. Solidarität, wie sie erfreulicher Weise in Zeiten der Corona-Pandemie hochgehalten wird, darf nicht nach Herkunft, Nationalität oder Staatsangehörigkeit differenzieren. Hässliche Bilder sind eben nicht nur Bilder, sie zeigen reale Menschen.

Im Regierungsprogramm wird auf S.14 die „Verankerung der Menschenwürde“ zur Stärkung der Grund- und Menschenrechte festgehalten – bitte nehmen Sie diesen Punkt ernst!

Insofern sprechen wir uns für folgende Maßnahmen aus:

- 1.) Eine sofortige Aufnahme der Menschen in Moria, die dort gezwungen werden, unter den furchtbarsten Bedingungen zu leben bzw. zu sterben. Es gibt in Österreich wie in Deutschland bereits viele Städte und Gemeinden, die sich für die direkte Aufnahme einsetzen.
- 2.) Einen Stopp der mörderischen Politik des Ertrinkenlassens von Menschen im Mittelmeer und der Kriminalisierung von Seenotretter*innen.
- 3.) Einen gerechten Verteilungsschlüssel von Geflüchteten innerhalb der EU. Es kann nicht sein, dass Italien und Griechenland alle Menschen auf der Flucht aufzunehmen hat, während jene Staaten, die wirtschaftlich weitaus besser dastehen, zynisch behaupten, es gebe keinen Platz.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen,

Dr.ⁱⁿ Brigitte Kukovetz, Niki Kubaczek, Julia Schuster PhD, Clara Holzinger Lic. MA MA
für den Sektionsrat der Sektion „Migrations- und Rassismusforschung“ der Österreichischen
Gesellschaft für Soziologie

Kontakt:

[https://oegs.ac.at/migrations-und-rassismusforschung/
migration@oegs.ac.at](https://oegs.ac.at/migrations-und-rassismusforschung/migration@oegs.ac.at)

Für telefonische Rückfragen: Brigitte Kukovetz, 0699 3746717